



Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Freundinnen und Freunde im Wahlkreis Gifhorn-Peine,

in dieser Woche beschlossen wir im Deutschen Bundestag den Bundeshaushalt 2021. Somit standen die letzten Tage ganz im Zeichen von Zahlen — so wie die aktuelle Ausgabe des „Schulterblicks“. Der Bundesetat ist maßgeblich von der aktuellen Corona-Pandemie und den daraus resultierenden finanziellen Herausforderungen geprägt. Insbesondere werden mit dem Bundeshaushalt 2021 erforderliche Mittel für den Gesundheitsbereich und für umfangreiche Wirtschaftshilfen zur Verfügung gestellt. Im Ergebnis steigen die Ausgaben im Jahr 2021 auf knapp 500 Mrd. Euro und die Nettokreditaufnahme auf fast 180 Mrd. Euro.

All dies ist nur möglich, weil wir in den letzten Jahren gut gewirtschaftet haben und nun noch einmal die Sonderregelung zur Schuldenbremse, d. h. die „außergewöhnliche Notsituation“, zum Abfedern der Auswirkungen der Corona-Pandemie nutzen. Jetzt zu sparen, würde die Krise verschärfen. Klar ist aber auch, dass wir nicht ewig derart hohe Schulden machen können. Schließlich muss die über die Normalregelung der Schuldenbremse hinausgehende Verschuldung in den kommenden 20 Jahren getilgt werden. Dies wird ab 2026 eine jährliche Haushaltsbelastung im zweistelligen Milliarden-Bereich bedeuten. Die Herausforderung Nummer 1 der kommenden Wahlperiode wird daher werden, Deutschland auf einen nachhaltigen Wachstumspfad zurückzuführen und solide zu wirtschaften, um die Normalregelung der Schuldenbremse wieder einhalten zu können. Dies ist eine Frage der Generationengerechtigkeit.

Wir wollen als offene, demokratische und plurale Gesellschaft diese Krise nicht nur in den Griff bekommen, sondern auch gestärkt aus ihr hervorgehen. Die Arbeitsplätze der Zukunft beruhen auf Innovationen und Investitionen. Deshalb unterstützen wir unsere Leitindustrien und sorgen gleichzeitig für neue Impulse in der anwendungsnahen Forschung, bei Unternehmensgründungen und der Digitalisierung.

Freundliche Grüße und einen besinnlichen 3. Advent

Ihre und Eure



## Bericht aus Berlin

### Corona-Maßnahmen im Mittelpunkt

In erster Linie zur Abfederung der Auswirkungen der Corona-Pandemie steigen die Ausgaben gegenüber dem Regierungsentwurf um rund 85 Mrd. Euro auf 498,6 Mrd. Euro. Entsprechend wird die Nettokreditaufnahme um 83,6 Mrd. Euro auf 179,8 Mrd. Euro erhöht. Der größte Teil dieser zusätzlichen Mittel ist erforderlich, um erwartete Mehrbedarfe im Gesundheits- und Wirtschaftsbereich finanziell abzusichern.

Zu Buche schlagen 39,5 Mrd. Euro für Unternehmen, Freiberufler, Selbstständige und Kulturschaffende in Form der Überbrückungshilfen III sowie die November- und Dezemberhilfe. Diese Wirtschaftshilfen dürften überwiegend erst 2021 ausbezahlt werden. Außerdem sind nun als allgemeine Covid-19-Vorsorge Globale Mehrausgaben in Höhe von 35 Mrd. Euro eingeplant. Um hier eine angemessene parlamentarische Beteiligung sicherzustellen, sind 20 Mrd. Euro qualifiziert gesperrt, d. h. die Aufhebung der Sperre bedarf der Zustimmung des Haushaltsausschusses.



Die Vorsorge zur Erstattung von eventuellen Kreditausfällen im Rahmen des KfW-Corona-Sonderprogramms wurde im parlamentarischen Verfahren um 997 Mio. Euro auf 1,4 Mrd. Euro aufgestockt. Aber auch für sonstige von der Corona-Krise Betroffene sind zusätzliche Mittel eingestellt. So sind jeweils 100 Mio. Euro für die Behindertenhilfe sowie die Kinder- und Jugendhilfe vorgesehen und 200 Mio. Euro als Hilfen für Studierende. Auch die Corona-Hilfen für Sportvereine des (semi-)professionellen Bereichs werden in Höhe von 200 Mio. Euro verlängert.

Diese massiven Ausgaben zur Unterstützung der am stärksten Betroffenen sind richtig und wichtig. Nur mit einer großen finanziellen Anstrengung und sozialem Zusammenhalt können wir unser Land vor verheerenden Einschnitten bewahren.



## Bericht aus Berlin

### Gesundheitsetat — in Pandemiezeiten besonders wichtig

Der Etat des Bundesministeriums für Gesundheit steigt von 24,3 Mrd. Euro im Regierungsentwurf auf 35,3 Mrd. Euro. Wesentlich hierfür ist die Aufstockung des Zuschusses an den Gesundheitsfonds um 7,65 Mrd. Euro auf 22,15 Mrd. Euro, wovon 2,65 Mrd. Euro für die vergünstigte Abgabe von FFP2-Masken sowie die Ausgleichszahlungen an Vorsorge- und Rehabilitationseinrichtungen dienen.



Zur finanziellen Unterstützung von Krankenhäusern, Rehaeinrichtungen, aber auch Müttergenesungswerken stehen weitere 2 Mrd. Euro zur Verfügung. Des Weiteren sind für die Beschaffung von Corona-Impfstoffen knapp 2,7 Mrd. Euro eingeplant und zusätzlich 90 Mio. Euro für die Entwicklung und Produktion von Impfstoffen. Auch die Zuschüsse zur Bekämpfung des Ausbruchs des Corona-Virus sollen um 2,9 Mrd. Euro auf rund 4 Mrd. Euro erhöht werden. Für die Nationale Reserve Gesundheitsschutz werden 750 Mio. Euro vorgesehen und für den Pakt für den öffentlichen Gesundheitsdienst rund 123 Mio. Euro. Darüber hinaus werden zur Digitalisierung der lokalen Gesundheitsbehörden 60 Mio. Euro bereitgestellt und das Landärzteprogramm um 8,5 Mio. Euro aufgestockt.

### Bund unterstützt Familien, Jugendliche und Ehrenamt

Gegenüber dem Regierungsentwurf 2021 wurde das Haushaltsvolumen des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend um knapp 900 Mio. Euro erhöht. Der Etat beläuft sich damit auf rund 13,1 Mrd. Euro. Maßgeblich hierfür ist die Erhöhung der gesetzlichen Leistungen (Elterngeld, Unterhaltsvorschuss, Kinderzuschlag) um insgesamt rund 750 Mio. Euro infolge aktualisierter Prognosen und Corona-bedingter Maßnahmen.

Daneben wurden im parlamentarischen Verfahren erstmals Mittel in Höhe von 3 Mio. Euro für die noch zu gründende Bundesstiftung Gleichstellung aufgebracht und 2 Mio. Euro für das Deutsch-Amerikanische Jugendwerk. Für Jugendbildungs- sowie Jugendbegegnungsstätten und Jugendherbergen sind zusätzliche Mittel von 3 Mio. Euro eingestellt und zur weiteren Förderung des Ehrenamtes und der Selbsthilfe 1,8 Mio. Euro. Das sind gute Nachrichten für die vielen Engagierten in unserer Region! Wir wollen die vorhandenen Strukturen auf jeden Fall erhalten.





## Bericht aus Berlin

### Massive Investitionen in unsere Polizei

Dem Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat steht im Jahr 2021 ein Ansatz von 18,5 Mrd. Euro zur Verfügung, das sind rund 160 Mio. Euro mehr als im Regierungsentwurf vorgesehen. Insbesondere wird der Bereich innere Sicherheit mit weiteren 107 Mio. Euro gestärkt; darunter jeweils 7,5 Mio. Euro zusätzlich zur Beschaffung von neuen Fahrzeugen bzw. persönlicher Schutzausrüstung für die Bereitschaftspolizeien der Länder. Darüber hinaus sind für Transporthubschrauber der Bundespolizei in Ergänzung des Baransatzes 2021 von 221,2 Mio. Euro Verpflichtungsermächtigungen mit einem Volumen von 1,6 Mio. Euro und für Fluggast- und Reisegepäckkontrollen Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 888 Mio. Euro vorgesehen. Auch das deutsche Engagement bei internationalen Polizeimissionen wird deutlich gestärkt, indem die Mittel für Einsätze und Maßnahmen der Bundespolizei außerhalb des Bundesgebiets um knapp 14 Mio. Euro erhöht werden.



Daneben wird auch der Bereich Katastrophen- und Bevölkerungsschutz durch zusätzliche Mittel in Höhe von rund 40 Mio. Euro zum Aufbau von vier dezentralen Logistikzentren fürs Technische Hilfswerk und durch insgesamt 26 Mio. Euro für das Projekt „Nationales Krisenmanagement – Labor 5000“ gestärkt.

Darüber hinaus erfolgt eine Anpassung des Förderprogramms 2020 zur Sanierung kommunaler Einrichtungen in den Bereichen Sport, Jugend und Kultur an den tatsächlichen Bedarf und eine Aufstockung um eine zusätzliche Programmscheibe 2021 (neues Programmvolumen 1,09 Mrd. Euro; davon 90 Mio. Euro Baransatz für das Jahr 2021 und 995 Mio. Euro Verpflichtungsermächtigungen). Des Weiteren sollen die Zuschüsse für die politischen Stiftungen einmalig um rund 14 Mio. Euro erhöht und für den Aufbau einer Innovations- und Transformationseinheit im Bereich des E-Governments in Summe 6,5 Mio. Euro bereitgestellt werden. Für die Dauerausstellung der „Landshut“, des von mit der RAF verbündeten Terroristen 1977 entführten und von der GSG 9 befreiten Flugzeugs, in Friedrichshafen sind 6,5 Mio. Euro für Investitionen und 7,5 Mio. Euro als Betriebskostenzuschuss vorgesehen.



## Bericht aus Berlin

### Für eine nachhaltige Landwirtschaft

Der Etat des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft beläuft sich auf 7,7 Mrd. Euro. Gegenüber dem Regierungsentwurf zu nennen sind insbesondere die Mittelaufstockungen für Projekte der nachhaltigen Landwirtschaft um 10 Mio. Euro und für das Bundesprogramm Ländliche Entwicklung (BULE) um 5 Mio. Euro. Die Mittel für das Bundesprogramm Energieeffizienz für Landwirtschaft und Gartenbau werden um 4 Mio. Euro aufgestockt. Mit diesen Erhöhungen



unterstützen wir unsere Landwirtinnen und Landwirte dabei, weitere Maßnahmen zur Steigerung der Nachhaltigkeit zu ergreifen. Das Bundesprogramm BULE hat zum Ziel, unsere vielfältigen ländlichen Räume zu stärken und zu gleichwertigen Lebensverhältnissen in Stadt und Land beizutragen.

### Stärkung der Verkehrsinfrastruktur

Das Ministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur erhält gegenüber dem Regierungsentwurf rund 7 Mrd. Euro zusätzlich. Der Etat beläuft sich damit auf 41,2 Mrd. Euro. In der Praxis soll dieses Geld vor allem der Eigenkapitalstärkung der Deutschen Bahn AG dienen.

Des Weiteren sollen die Mittel für die Autobahn GmbH des Bundes um 400 Mio. Euro auf 1,77 Mrd. Euro (Planungs- und IT-Kosten) aufgestockt werden. Das Stammkapital der Deutschen Flugsicherung wird zur Deckung von Umsatzausfällen infolge der COVID-19-Pandemie um 300 Mio. Euro erhöht. Die Zuschüsse für Flughäfen und kleine Flugplätze steigen um 109 Mio. Euro plus Darlehenserrhöhung um 81,1 Mio. Euro. Jeweils 40 Mio. Euro sind zusätzlich für ein Förderprogramm im



Schienengüterverkehr und für die Bundeswasserstraßen vorgesehen. Insgesamt 322 Mio. Euro sind für ein neues Deutsches Zentrum Mobilität der Zukunft mit mehreren Standorten eingeplant.



## Bericht aus Berlin

### Weiteres aus dem Plenum Teil 1

**Wirtschaft und Strukturwandel.** Für den Etat des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie werden gegenüber dem Regierungsentwurf 2021 zusätzlich rund 300 Mio. Euro bereitgestellt. Damit beläuft er sich auf rund 10,4 Mrd. Euro. Insbesondere werden die Ergebnisse des Automobilgipfels durch Aufstockung des Zukunftsfonds umgesetzt (50 Mio. Euro Barmittel und 950 Mio. Euro Verpflichtungsermächtigungen), die Beschaffung von LNG-Betankungsschiffen mit 135 Mio. Euro ermöglicht sowie die Förderung infektionsschutzgerechter raumlufttechnischer Anlagen um 40 Mio. Euro und das Covid-19-Programm: Testausstattung und Vorprodukte um 89 Mio. Euro erhöht. Darüber hinaus sind 4,4 Mio. Euro zur Umsetzung der Ergebnisse der Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse“ insbesondere im Bereich von strukturschwachen Regionen vorgesehen.

**Arbeit und Soziales.** Den größten Etat im Bundeshaushalt 2021 hat mit rund 164,9 Mrd. Euro auch weiterhin das Bundesministerium für Arbeit und Soziales. Im Vergleich zum Regierungsentwurf werden knapp 950 Mio. Euro zusätzlich bereitgestellt. So werden insbesondere auf Basis der Herbstprognose der Bundesregierung die Ansätze 2021 für das Arbeitslosengeld II um 300 Mio. Euro und für die Kosten der Unterkunft im SGB-II-Rahmen um 200 Mio. Euro und der Rentenzuschuss um 86 Mio. Euro angehoben. Jeweils 5 Mio. Euro werden zusätzlich bereitgestellt zur Sicherung der Arbeitsplätze der Beschäftigten in deutschen Häfen und für sonstige Leistungen zur Teilhabe nach § 31 Absatz 1 Nr. 3 SGB VI (Einzahlung in die allgemeine Rentenversicherung).

Der Bundeszuschuss an die Künstlersozialkasse wurde nochmals um 9 Mio. Euro erhöht. Daneben spiegelt sich im Bereich Soziales die vereinbarte Sozialgarantie 2021 wider, also die Vereinbarung, dass die Beitragssätze für die Sozialversicherungen in Summe 40 Prozent nicht übersteigen dürfen. Dies bedeutet für das Jahr 2021 insbesondere einen Zuschuss in Höhe von 3,35 Mrd. Euro vor allem zur Finanzierung der Leistungen für Kurzarbeit an die Bundesagentur für Arbeit, zusätzlich 7,65 Mrd. Euro im Bereich der gesetzlichen Krankenversicherung zur Stabilisierung des Gesundheitsfonds (insgesamt erhält dieser aus dem Bundeshaushalt 2021 rund 22,15 Mrd. Euro) und einen Rekord-Zuschuss aus dem Bundeshaushalt in Höhe von über 106 Mrd. Euro zugunsten der gesetzlichen Rentenversicherung.

Insgesamt betragen die Sozialausgaben im Bundeshaushalt im nächsten Jahr rund 253,2 Mrd. Euro. Das sind 50,8 Prozent der Gesamtausgaben.





## Bericht aus Berlin

### Weiteres aus dem Plenum Teil 2

**Bildung und Forschung.** Eine neue Rekordhöhe erreicht – im Gegensatz zum Regierungsentwurf 2021 – der Etat des Bundesministeriums für Bildung und Forschung mit einem Volumen von 20,8 Mrd. Euro. Dies bedeutet gegenüber dem Regierungsentwurf einen Zuwachs um rund 560 Mio. Euro. Darin enthalten sind insbesondere 150 Mio. Euro zur Sicherung von Ausbildungen, 90 Mio. Euro für Bildungsplattform und Bildungskompetenzzentren, die Finanzierung neuer Fraunhofer-Zentren, der Ausbau des Helmholtz-Instituts für Pharmazeutische Forschung sowie Mittel für ein Universitäres Herzzentrum Berlin und zum Ausbau der Universitätsmedizinnetzwerke unter Leitung der Charité Berlin.

**Verteidigung.** Der Etat des Bundesministeriums für Verteidigung wächst im Jahr 2021 auf rund 46,9 Mrd. Euro. Das ist dem permanenten und intensiven Einsatz der Unionfraktion zu verdanken. Durch Umschichtungen im Rahmen des parlamentarischen Verfahrens wurden die Ansätze für die drei Beschaffungsvorhaben Eurofighter, Taktisches Luftverteidigungssystem und Eurodrohne um insgesamt 482 Mio. Euro erhöht. Darüber hinaus werden die Mittel zur Beschaffung von Munition auf 700 Mio. Euro aufgestockt sowie zum Erwerb von aufgaben-/einsatzgerechter Bekleidung und persönlicher Ausrüstung rund 17,4 Mio. Euro zusätzlich zur Verfügung gestellt. Des Weiteren werden die Mittel für das kostenlose Bahnfahren in Uniform um zusätzliche 30 Mio. Euro aufgestockt. Dies ist für uns ein sichtbares Zeichen, dass die „Bürgerinnen und Bürger in Uniform“ integraler Bestandteil unserer Gesellschaft sind und sie einen wertvollen Dienst für unser Vaterland leisten.

**Auswärtiges und Entwicklungszusammenarbeit.** Für das Auswärtige Amt und das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung wurden in den parlamentarischen Beratungen gegenüber dem Regierungsentwurf zusätzlich gut 250 Mio. Euro bereitgestellt. Damit stehen insbesondere nun 170 Mio. Euro zusätzlich für die Humanitäre Hilfe für Hilfsmaßnahmen im Ausland zur Bewältigung der Corona-Pandemie zur Verfügung (insgesamt 2,1 Mrd. Euro). Darüber hinaus wurden im Bereich des Auswärtigen Amtes die Mittel für Auslandsschulen um rund 25 Mio. Euro und zur Krisenprävention um 20 Mio. Euro aufgestockt. Zur Unterstützung der Zivilgesellschaft in Belarus werden im Rahmen der Östlichen Partnerschaft weitere Mittel in Höhe von 22 Mio. Euro zur Verfügung gestellt.

Einen Überblick über die ca. 32 Stunden des [Plenarbetriebs dieser Haushaltswoche finden Sie hier](#).



## Bericht aus Berlin

### Impressionen aus Berlin, Gifhorn und Wolfsburg



Ratssitzung am Montag in Gifhorn.



Wolfsburger Hauptbahnhof am Montagabend  
in weihnachtlicher Stimmung.



Die Sonne war noch nicht ganz auf in Berlin, als sich am Mittwoch die Familienpolitiker  
zu einer Ausschusssitzung mit Abstand zusammengefunden haben.





**Sprechen Sie uns an —  
wir sind gerne für Sie da!**

## **Kontakt/Impressum**

### **Ingrid Pahlmann MdB**

#### **Bundestagsbüro Berlin**

Deutscher Bundestag  
Platz der Republik 11, 11011 Berlin  
Telefon: 030 227-72341  
Fax: 030 227-76067  
E-Mail: [ingrid.pahlmann@bundestag.de](mailto:ingrid.pahlmann@bundestag.de)

#### **Wahlkreisbüro Gifhorn**

Steinweg 5, 38518 Gifhorn  
Telefon: 05371 740 69 28  
Fax: 05371 937 38 74  
E-Mail: [ingrid.pahlmann.ma04@bundestag.de](mailto:ingrid.pahlmann.ma04@bundestag.de)  
Ansprechpartner: Frederick Meyer

#### **Wahlkreisbüro Peine**

Freiligrathstraße 4, 31224 Peine  
Telefon: 05171 769 92 49  
Fax: 05171 150 34  
E-Mail: [ingrid.pahlmann.ma05@bundestag.de](mailto:ingrid.pahlmann.ma05@bundestag.de)  
Ansprechpartnerin: Ann-Marie Klaas



## **Copyright**

Bilder:

**Kopfzeile S. 2-8:** Deutscher Bundestag/Simone M. Neumann; Deutscher Bundestag/Achim Melde

**Kopfzeile S. 9:** Deutscher Bundestag/Simone M. Neumann

Alle weiteren Bilder privat oder Pixabay.